

Nr. 62**Ben Yaacoub gegen Belgien**

Urteil vom 27. November 1987 (Kammer)

Ausgefertigt in französischer und englischer Sprache, die gleichermaßen verbindlich sind, veröffentlicht in Série A / Series A Nr. 127-A.

Beschwerde Nr. 9976/82, eingelegt am 30. Juni 1982; am 11. Juli 1985 von der Kommission vor den EGMR gebracht.

EMRK: Recht auf ein faires Verfahren, hier: unabhängiges Gericht (Personalunion von Untersuchungsrichter und Strafrichter), Art. 6 Abs. 1.

Ergebnis: Streichung des Falles nach gütlicher Einigung, Art. 48 Abs. 2 VerfO.

Sondervoten: Keine.

Zum Verfahren:

(Zusammenfassung)

Am 16. Dezember 1985 wurde das Verfahren unterbrochen, um möglicherweise eine gütliche Einigung mit dem Bf. zu erreichen.

(Übersetzung)

6. Am 14. September 1987 übermittelte der Verfahrensbevollmächtigte der Regierung dem Kanzler den Wortlaut einer mit dem Anwalt des Bf. erreichten Einigung. Nach Anhörung teilte der Delegierte der Kommission am 24. September mit, dass er eine Stellungnahme nicht für notwendig halte. Später stimmte auch der Bf. selbst der Einigung zu; sein Anwalt informierte den Kanzler darüber am 10. November.

7. [Entscheidung, auf eine mündliche Verhandlung zu verzichten.]

Sachverhalt:

8. Der 1955 geborene Beschwerdeführer (Bf.), Borhane Ben Yaacoub, ist tunesischer Staatsangehöriger. Zum Zeitpunkt der Einlegung der Beschwerde bei der Kommission lebte er in Brüssel.

9. Am 5. Februar 1981 erließ der Untersuchungsrichter von Termonde Haftbefehl gegen den Bf., dem mehrere schwere Diebstähle zur Last gelegt wurden.

Die mit einem Einzelrichter, Richter De Neve, besetzte Untersuchungskammer des Tribunal correctionnel von Termonde bestätigte den Haftbefehl am 7. April 1981. Am 28. April, 26. Mai und 12. Juni verlängerte sie die Untersuchungshaft des Bf.; die letzte Verlängerung erfolgte in Übereinstimmung mit den Anträgen der Staatsanwaltschaft, jedoch gegen die Auffassung des Untersuchungsrichters. Am 23. Juni wurde das Verfahren des Bf. und dreier Mitangeklagter an das Tribunal correctionnel (Strafgericht) überwiesen (Art. 130 Strafverfahrensordnung). Obwohl die Straftaten, die dem Bf. vorgeworfen wurden, grundsätzlich in die Zuständigkeit eines Schwurgerichts fallen (Art. 471 Strafgesetzbuch), entschied der Untersuchungsrichter, sie wegen Vorliegens eines mildernden Umstands, dem Fehlen vorhergehender Strafverurteilungen (Art. 2 des Gesetzes vom 4. Oktober 1867 über mildernde Umstände), dem Gericht für weniger schwere Straftaten zuzuweisen.

10. Am 20. Juli 1981 verurteilte das Tribunal correctionnel von Termonde unter Vorsitz von Richter De Neve den Angeklagten zu drei Jahren Haft wegen Diebstahls unter Gewaltanwendung oder -androhung.

Der Bf. legte Berufung gegen das Urteil ein, die vom Appellationsgericht Gent jedoch am 12. November abgewiesen wurde. Das Appellationsgericht war insbesondere der Auffassung, dass die Tatsache, dass Richter De Neve zunächst als Vorsitzender der Untersuchungskammer und dann als vorsitzender Richter des Strafgerichts tätig wurde, weder belgischem Recht, noch Art. 6 Abs. 1 der Konvention widerspricht.

Der Bf. ging daraufhin in Revision, die der Kassationshof (2. Kammer) am 19. Januar 1982 verwarf. Zum Revisionsgrund der Verletzung von Art. 6 Abs. 1 sowie „des allgemeinen Rechtsprinzips der Unabhängigkeit und Unparteilichkeit des Richters“ führte der Kassationshof aus:

„(...) keine Gesetzesvorschrift verbietet dem Richter, der in einer Kammer über die Untersuchungshaft eines Angeklagten und über die Verweisung des Falles an das Strafgericht entschieden hat, später ebenfalls als vorsitzender oder beisitzender Richter dieses Gerichts an der Verurteilung dieses Angeklagten teilzunehmen;

(...) aus den Akten geht nicht hervor, dass die Angeklagten vor Beginn der mündlichen Verhandlung oder im Laufe der Ermittlungen des Strafgerichts einen Ablehnungsgrund gegen den genannten Richter geltend gemacht haben; (...) aus den in der Beschwerde vorgebrachten Umständen allein ergibt sich nicht, dass das Recht der Revisionskläger auf ein faires, von einem unabhängigen Gericht durchgeführtes Verfahren verletzt worden ist ...“ (Pasicrisie belge 1982, I. S. 613-614).

11. Der Bf. wurde aufgrund dieser Verstrickung in Gerichtsverfahren aus Belgien ausgewiesen und lebt jetzt in Genf.

Verfahren vor der Kommission

(Zusammenfassung)

[12., 13.] Der Bf. rügt, dass sein Recht auf ein „unabhängiges Gericht“ i.S.v. Art. 6 Abs. 1 der Konvention verletzt sei, weil Richter De Neve erst als Einzelrichter der Kammer über seine Untersuchungshaft und dann auch über die Verweisung an das Strafgericht entschied, und weil er anschließend auch vorsitzender Richter des Gerichts war, das ihn in erster Instanz verurteilte.

Die Kommission gelangt in ihrem abschließenden Bericht (Art. 31 EMRK) vom 7. Mai 1985 zu dem Ergebnis, dass eine Verletzung von Art. 6 Abs. 1 vorliegt (sechs Stimmen gegen vier).

Entscheidungsgründe:

(Übersetzung)

14. Die Regierung und der Bf. haben folgende gütliche Einigung getroffen (s.o. Ziff. 6):

1. Die belgische Regierung verpflichtet sich, ab 30. August 1992 die Wirkung der Ausweisungsverfügung gegen Herrn Ben Yaacoub aufzuheben.
2. Vor diesem Zeitpunkt wird jeder Antrag auf Ausstellung einer Einreiseerlaubnis nach Belgien geprüft, vorausgesetzt er ist hinreichend begründet und belegt.
3. Die Regierung zahlt dem Bf. 100.000,- belgische Franken [ca. 2.479,- Euro]* als vereinbarte Entschädigung.
4. Die Kosten für die Revisionsbeschwerde und für das Verfahren vor den Konventionsorganen werden mit einem Betrag von 200.000,- belgischen Franken [ca. 4.958,- Euro] erstattet. (...).

* Anm. d. Hrsg.: Zum Umrechnungskurs in Euro s. die Fußnote auf Seite 712.

Die Regierung beantragte daher mit Zustimmung des Bf. (s.o. Ziff. 6), der Gerichtshof möge der Einigung gem. Art. 48 Abs. 2 VerFO-EGMR zustimmen, der lautet: [Text s.o. S. 13].

Der Delegierte der Kommission wurde angehört und erhob keinen Einwand (s.o. Ziff. 6).

15. Der Gerichtshof nimmt von der zwischen der Regierung und dem Bf. erzielten Einigung förmlich Kenntnis, die nach Auffassung des Bf. seinen Interessen entspricht. Der Gerichtshof könnte jedoch mit Rücksicht auf die ihm nach Art. 19 der Konvention obliegende Verantwortung beschließen, das Verfahren aus Gründen des öffentlichen Interesses (*ordre public*) fortzusetzen (Art. 48 Abs. 4 VerFO-EGMR).

In diesem Zusammenhang ist zu erwähnen, dass der belgische Kassationshof vor kurzem in seiner Rechtsprechung von seiner Entscheidung vom 19. Januar 1982 im Falle des Bf. (s.o. Ziff. 10) abgewichen ist. In Übereinstimmung mit den Anträgen des Generalanwalts, der sich auf zwei Urteile des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte stützte (*Piersack*, 1. Oktober 1982, und *De Cubber*, 26. Oktober 1984, Série A Nr. 53 und Nr. 86, EGMR-E 2, 173 und 495), entschied der Kassationshof am 29. Mai 1985:

„(...) Vorsitzender Richter des Tribunal correctionnel, dessen Entscheidung teilweise durch das Urteil (des Appellationsgerichts Lüttich) bestätigt wurde, war Richter Michaëlis, der vorher in diesem Fall in seiner Eigenschaft als Präsident der Untersuchungskammer Anklage erhoben hatte;

(...) dieser Umstand konnte beim Angeklagten wegen der Zusammensetzung des Gerichts zu berechtigten Zweifeln an der Unparteilichkeit des Gerichts Anlass geben; (...) daraus folgt, dass das Urteil nichtig ist.

(...) Mit Abweisung des Antrags des Appellationsklägers – dem Staatsanwalt beim Appellationsgericht – und aufgrund der Verneinung der Unvereinbarkeit der Funktion des Präsidenten der Untersuchungskammer, die über das weitere Verfahren entschieden hat, mit der eines Mitglieds des Strafgerichts in demselben Fall, ist das Urteil des Appellationsgerichts aus demselben Grund nichtig wie das Urteil des Tribunal correctionnel;

(...) der (auf Art. 6 Abs. 1 der Konvention gestützte) Kassationsantrag ist (daher) begründet (...).“

Claude et Kirschenbilder, *Pasicrisie belge*, 1985, I, S. 1228; s. auch die Schlussanträge des Generalanwalts Piret in Fall Vidal, S. 1221-1224)

Einige spätere Urteile bestätigen diese Rechtsprechung (11. September 1985, *Paquet, Pasicrisie belge*, 1986, I, S. 23; 2. Oktober 1985, *Delhousse*, a.a.O., 1986, I, S. 93; 27. Mai 1986; *Weckx und andere*, a.a.O., 1986, I, S. 1163).

Daraus ergibt sich, dass das in der Beschwerde geltend gemachte Problem in Belgien gelöst ist.

16. Demgemäß entscheidet der Gerichtshof, den Fall im Register zu streichen.

Aus diesen Gründen entscheidet der Gerichtshof einstimmig,
der Fall wird im Register gestrichen.

Zusammensetzung des Gerichtshofs (Kammer): die Richter Ryssdal, *Präsident* (Norweger), Matscher (Österreicher), Pinheiro Farinha (Portugiese), Sir Vincent Evans (Brite), Walsh (Ire), Bernhardt (Deutscher), De Meyer (Belgier); *Kanzler:* Eissen (Franzose); *Vize-Kanzler:* Petzold (Deutscher)